

Bürgerdialog Stromnetz im Rathaus von Neunkirchen am Sand

Am Faschingsdienstag war der Bürgerdialogs Stromnetz im Rathaus von Neunkirchen am Sand zu Besuch.

Der Bürgerdialog Stromnetz ist eine vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragte und finanzierte Initiative, die ihre Aufgabe darin sieht, „einen breiten Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, engagierten Initiativen, Verbänden und Interessensgruppen, den politisch Verantwortlichen, den zuständigen Genehmigungsbehörden und natürlich auch den Vorhabenträgern“ zu fördern. Leider kam das Infomobil vormittags und damit zu einer Zeit in der Gemeinde vorbei, in der die meisten Bürger ihrer Arbeit nachgehen. So besuchten außer Vertretern der Bürgerinitiativen Schnaittach und Leinburg nur zwei weitere Personen den Infostand, die sich in eine Unterschriftenliste gegen die Stromtrassen eintragen wollten. Bürgermeisterin Martina Baumann nutzte die Gelegenheit zum Gespräch und gab den Vertreterinnen des Bürgerdialogs kritische Fragen an Politik, Netzbetreiber und Bundesnetzagentur mit auf den Weg.

Die Verunsicherung, die es in der Region aufgrund der widersprüchlichen Aussagen führender CSU-Politiker zum Thema Stromtrasse P44mod gibt, konnte nicht behoben werden. Diese Leitung betrifft von Norden kommend die Gemeinden Schnaittach, Neunkirchen am Sand, Ottensoos, Leinburg und die Altdorfer Ortsteile Röthenbach und Ludersheim. In einem Interview war die Stromtrasse kürzlich von Wirtschaftsministerin Aigner als bessere Variante im Vergleich zu der Leitung P44 von Altenfeld nach Grafenrheinfeld deklariert worden, da so eine Überlastung von Grafenrheinfeld verhindert werde. CSU-Vertreter der Region Nürnberger Land dagegen sprechen davon, die Staatsregierung fordere einen Verzicht beider Trassen. Netzbetreiber Tennet dringt jedoch auch in seiner aktuellen Stellungnahme auf den Bau einer der P44-Varianten: „Wir brauchen die Verbindung. Auch die zweitbeste Lösung ist besser als gar keine Lösung.“

Für die Bürgerinitiativen steht fest, diese Verbindung wird nicht gebraucht. Mit ihr soll nur der europaweite Handel mit Kohle- und Atomstrom aufrecht erhalten werden.